

IHKLW Politiknews

13. AUSGABE FRÜHJAHR 2024



Positionen

Bürokratiekosten-Check
SEITE — 03

Nachgefragt

bei Gerd Ludwig
SEITE — 04

Novelliertes Klimagesetz

Forderungen zur Forcierung
des Netzausbaus
SEITE — 07

WETTBEWERBSFÄHIGE WIRTSCHAFTSSTANDORTE

Standortpolitik stärken

Deutschland verliert an Wettbewerbsfähigkeit. Die aktuellen Konjunkturdaten zeigen, was zahlreiche Unternehmerinnen und Unternehmer in eigenen Unternehmen zu spüren bekommen. Hohe Energiepreise, langwierige Plan- und Genehmigungsverfahren, überbordende Bürokratie, eine verspätete Verwaltungsdigitalisierung und eine mangelhafte Infrastruktur setzen den Unternehmen zu. Der Standort Deutschland hat damit schlechte Startbedingungen für den intensiver werdenden Wettbewerb auf der Welt.

Drei Meta-Themen prägen die Wirtschaft. Jedes für sich – Digitalisierung, Demographischer Wandel, Dekarbonisierung – stellt die Unternehmen vor eine immense Herausforderung, die bis an die Grundfesten der Unternehmen geht. Gemeinsam führen diese drei Themen zu einem „Sturm“ an Herausforderungen, den die Wirtschaft so bislang nicht kannte. Potenziert wird diese fordernde Situation durch den Krieg in der Ukraine und den Gaza-Krieg im Nahen Osten mit seinen Auswirkungen auf die internationalen Lieferketten.

Die neue IHKLW-Vollversammlung hat auf ihrer konstituierenden Sitzung Ende Januar einen ersten Ausblick gegeben, welche Themen den Unternehmerinnen und Unternehmern in den kommenden fünf Jahren besonders wichtig sein werden. Deutlich wurde dabei, dass die erfolgreiche Bewältigung der Transformation hin zu einer digitalisierten und dekarbonisierten Wirtschaft von einer Vielzahl der Anwesenden als Grundvoraussetzung für in Zukunft erfolgreiche Unternehmen gesehen wird.

Zugleich haben die neu gewählten Vertreterinnen und Vertreter der regionalen Wirtschaft aber auch deutlich gemacht, dass „klassische“ wirtschaftspolitische Themen wie eine gute Infrastruktur, niedrige Steuern und Energiepreise, weniger Bürokratie und lebenswerte Innenstädte nicht an Bedeutung verloren haben und genauso Grundvoraussetzung für in Zukunft wettbewerbsfähige Wirtschaftsstandorte sind.

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser,



unsere IHK Lüneburg-Wolfsburg hat Ende Januar eine neue Vollversammlung konstituiert. Mit insgesamt 101 motivierten Unternehmerinnen und Unternehmern freuen wir uns darauf, unsere Branchen und Regionen und damit das Gesamtinteresse der regionalen Wirtschaft zu repräsentieren.

Unser Ziel sind wettbewerbsfähige Wirtschaftsstandorte, um in unserer Region Wachstum und Wertschöpfung zu fördern. Als IHK sind wir an dieser Stelle breit aufgestellt und vertreten unsere Interessen auf verschiedenen Ebenen von Brüssel bis Bad Fallingb.

Im Jahr der Europawahl benennen wir klar und deutlich unsere Interessen: Für offene Grenzen im Binnenmarkt und gegen Protektionismus, für eine gezielte regionale Förderung und gegen komplizierte Richtlinien, für Technologieoffenheit und Gestaltungsfreiheit und gegen neue Bürokratie und Detailregelungen, für eine gute Infrastruktur und gegen einseitiges Denken.

Doch wettbewerbsfähige Wirtschaftsstandorte müssen wir auch hier vor Ort schaffen. Mit der Weiterentwicklung der Norddeutschen Wasserstoffstrategie wollen wir enorme Wachstums- und Wertschöpfungspotentiale in der Region heben und mit unserer Beteiligung am Räumlichen Leitbild der Metropolregion Hamburg die Bedarfe der Wirtschaft verdeutlichen. Klar ist: Alle können zu wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandorten beitragen. Das zeigt auch unsere aktuelle Erhebung der Gewerbesteuerhebesätze in unserer Region.

Mit unserer neuen Vollversammlung freuen wir uns auf den Dialog mit Ihnen. Gemäß unserer aktuellen DIHK-Kampagne #GemeinsamBesseresSchaffen wollen mit Ihnen an wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandorten in unserer Region arbeiten.

Armin Maus
VOLKSWAGEN AKTIENGESELLSCHAFT

Armin Maus ist Vorsitzender
des Regionalpolitischen
Ausschusses und
IHLW-Vizepräsident

Schon gewusst?

720 Europawahl 2024:
Mitglieder
des Europäischen Parlaments
werden im Juni 2024 insgesamt
gewählt, 15 mehr als bei der
letzten Wahl.

IHLW-Politiknews abonnieren



Um künftige Ausgaben automatisch zu erhalten,
abonnieren Sie die IHLW-Politiknews hier:

ihk-lueneburg.de/abo



BÜROKRATIEKOSTEN-CHECK

Europa braucht wettbewerbsfähige Wirtschaftsstandorte

Zusammen mit den anderen IHKs der IHK Nord beteiligt sich die IHKLW an der Debatte über die Zukunft Europas und setzt sich dafür ein, dass die Interessen der norddeutschen Wirtschaft auf europäischer Ebene angemessen berücksichtigt werden. Die Zusammenfassung der europapolitischen Positionen gibt einen Überblick über die Standpunkte der IHK Nord in den für Norddeutschland besonders relevanten Politikfeldern.

Wettbewerbsfähige Standorte sind unabdingbare Voraussetzung für die Entfaltung unternehmerischer Potenziale und betrieblicher Wertschöpfung. Durch kleinteilige bürokratische Vorhaben wie beispielsweise die EU-Lieferkettenrichtlinie mit unverhältnismäßigen Melde- und Berichtspflichten und weiteren zahlreichen Detailregelungen wird die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsstandorte in der EU zunehmend gefährdet. Die Wirtschaft und insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) dürfen nicht immer weiter belastet werden. Regulierungen und Vorgaben, die europäische Wirtschaftsstandorte im internationalen Wettbewerb benachteiligen, gehören auf den Prüfstand und benötigen dringend ein Update. Bei neuen Richtlinien und Verordnungen sollte eine Prüfung der Notwendigkeit zur Regulierung und ein umfassender und aussagekräftiger

Bürokratiekosten-Check vorgeschaltet werden. Die langjährigen Diskussionen zum Bürokratieabbau müssen endlich spürbare Erfolge zeigen: Entlastungen der Wirtschaft sind auch Entlastungen der Verwaltung. One-in-one-out ist angesichts der Regelungsdichte und –tiefe kein zukunfts-fähiger Ansatz, wenn er nicht konsequent umgesetzt wird.

Wichtige Infrastrukturvorhaben kommen aus Sicht der norddeutschen Wirtschaft nicht schnell genug voran. Einer der wesentlichen Gründe für die langen Verfahren sind die im europäischen Recht verankerten Möglichkeiten, gegen geplante Vorhaben behördlich und gerichtlich vorzugehen. Die IHKLW fordert, dass der entsprechende Rechtsrahmen angepasst wird, damit Projekte des vordringlichen Bedarfs in den Mitgliedstaaten schneller umgesetzt werden können.

Die Forderungen der norddeutschen Wirtschaft zur Europawahl 2024 legen den Fokus auf die Themen „Maritimes und Infrastruktur“, „Energie und Industrie“, Außenwirtschaft“, „Ernährungswirtschaft“ und „Tourismus“.

www.ihk-nord.de

Nachgefragt

bei Gerd Ludwig



Herr Ludwig, wie haben sich Gewerbe- und Grundsteuer im Jahr 2023 in Niedersachsen entwickelt?

Laut einer Umfrage der niedersächsischen IHKS, an der aus dem IHKLW-Bezirk 220 Gemeinden teilgenommen haben, erhöhte im Jahr 2023 mehr als jede fünfte Kommune in Niedersachsen den Hebesatz der Grundsteuer B – das sind doppelt so viele Kommunen wie im Jahr 2022. Auch der Gewerbesteuerhebesatz wurde auf breiter Front erhöht – insgesamt 179 Städte und Gemeinden machten hiervon Gebrauch, das entspricht 19 Prozent der 941 Kommunen mit Hebesatzrecht in Niedersachsen.

Was bedeuten die jüngsten Steuererhöhungen für die regionale Wirtschaft?

Als IHK-Berater für Volkswirtschaft halte ich es für fragwürdig, dass viele Kommunen in Niedersachsen auch während einer konjunkturellen Talfahrt verstärkt die Grund- und Gewerbesteuern erhöhen, obwohl die Einnahmen der niedersächsischen Kommunen deutlich gestiegen sind. Gerade in unsicheren Zeiten mit zahlreichen wirtschaftspolitischen Herausforderungen und noch nicht absehbaren Folgen für die Wirtschaftsstandorte in unserer Region sollten weitere Belastungen für die Wirtschaft dringend vermieden werden. Für viele Betriebe sind die kommunalen Hebesätze ein relevanter Kosten- und damit auch ein Standortfaktor. Außerdem ist die Steuerbelastung für deutsche Unternehmen im Vergleich mit den anderen großen europäischen Volkswirtschaften zu hoch. Hohe Steuern sind ein Standortnachteil. Steuerpolitik ist Standortpolitik.

Was bringt die Grundsteuerreform für die in der Region ansässigen Betriebe?

Angesichts der ermittelten Steuererhöhungen ist zu befürchten, dass das von der Regierung formulierte Ziel einer aufkommensneutralen Reform bereits vor deren Umsetzung im Jahr 2025 verfehlt wird. Damit es nicht zu einer weiteren Steuererhöhungswelle kommt, sollten Kommunen jetzt Hochrechnungen durchführen und Vorbereitungen treffen, dass das von der Politik abgegebene Versprechen einer insgesamt aufkommensneutralen Grundsteuerreform eingehalten wird. Nach Umsetzung der Reform darf es zu keiner steuerlichen Mehrbelastung der Unternehmen kommen. Von der Grundsteuer sind fast alle Betriebe betroffen – entweder, weil sie über selbstgenutztes Grundvermögen verfügen oder als Mieter im Rahmen von Nebenkostenabrechnungen mit Grundsteuer belastet werden.

Wie könnte die Landesregierung mit ihrer Steuerpolitik bessere Rahmenbedingungen schaffen?

Der kommunale Finanzausgleich in Niedersachsen gehört auf den Prüfstand und benötigt dringend ein Update. Den automatischen Steuererhöhungsdynamiken, die sich aus dem kommunalen Finanzausgleich in Niedersachsen ergeben, sollte jetzt aktiv entgegengewirkt werden. Ein weiterer Ansatz wäre, die sogenannten Abschöpfungsquoten abzusenken oder einen Nivellierungshebesatz für Realsteuern wie in anderen Bundesländern einzuführen und zu festzuschreiben. Hierdurch könnte man den Automatismus zu Steuererhöhungen abmildern. Neben der Zielsetzung eines einfachen und praktikablen Steuerrechts wäre dies im Bereich der Finanzpolitik ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und der Wirtschaftsstandorte in der Region.

Gerd Ludwig

Berater | Volkswirtschaft,
Umwelt- und Energiepolitik

KONTAKT

Telefon: 04131 742-138
gerd.ludwig@ihklw.de



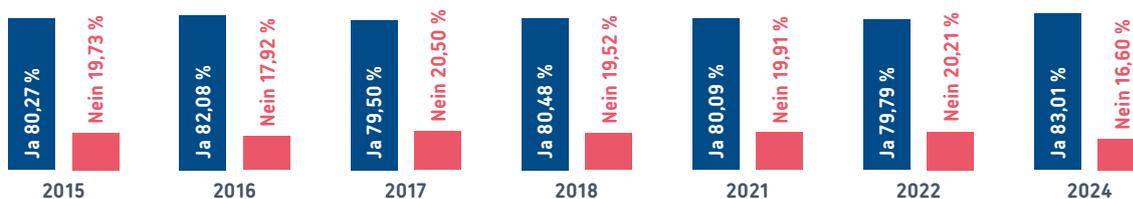
„Damit es nicht zu einer weiteren Steuererhöhungswelle kommt, sollten Kommunen jetzt Hochrechnungen durchführen und Vorbereitungen treffen...“



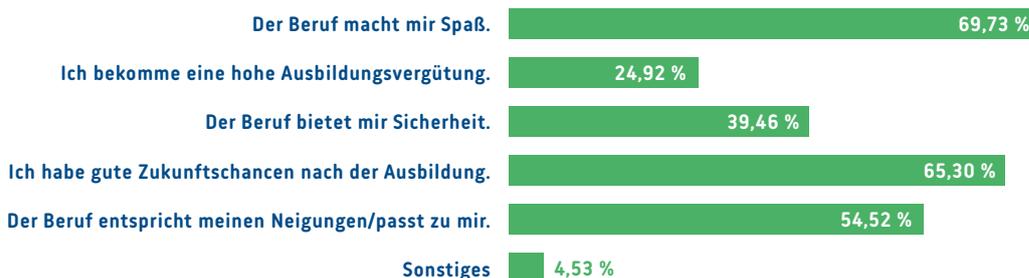
Azubi-Zufriedenheitsumfrage 2024

Die IHKN-Azubi-Zufriedenheitsumfrage wird seit 2015 regelmäßig durchgeführt. 2024 nahmen vom 8. bis zum 18. Januar rund 4.325 Auszubildende teil. Sie absolvieren eine Ausbildung in einem von der Industrie- und Handelskammer betreuten Beruf und geben Einblick, was ihnen in ihrer Ausbildung und an ihrem Arbeitsplatz wichtig ist und wie sie Beruf und Arbeitsplatz gefunden haben. In diesem Jahr lag ein zusätzlicher Schwerpunkt der Umfrage auf dem Thema Mobilität.

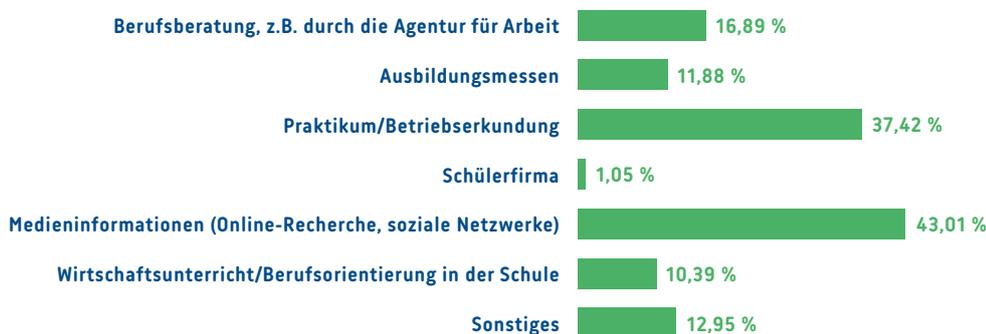
➔ Würdest du dich wieder für diesen Ausbildungsberuf entscheiden?



➔ Welche Kriterien waren dir bei der Wahl des Ausbildungsberufs am wichtigsten?



➔ Welche Maßnahmen haben dir bei der Wahl des Ausbildungsberufs am meisten geholfen?



➔ Wer hat dir bei der Wahl des Ausbildungsberufs am meisten geholfen?

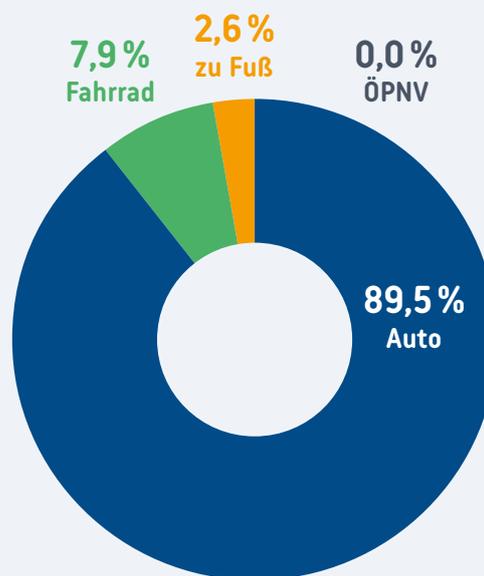


Umfrage zur Erreichbarkeit der Innenstadt Gifhorn

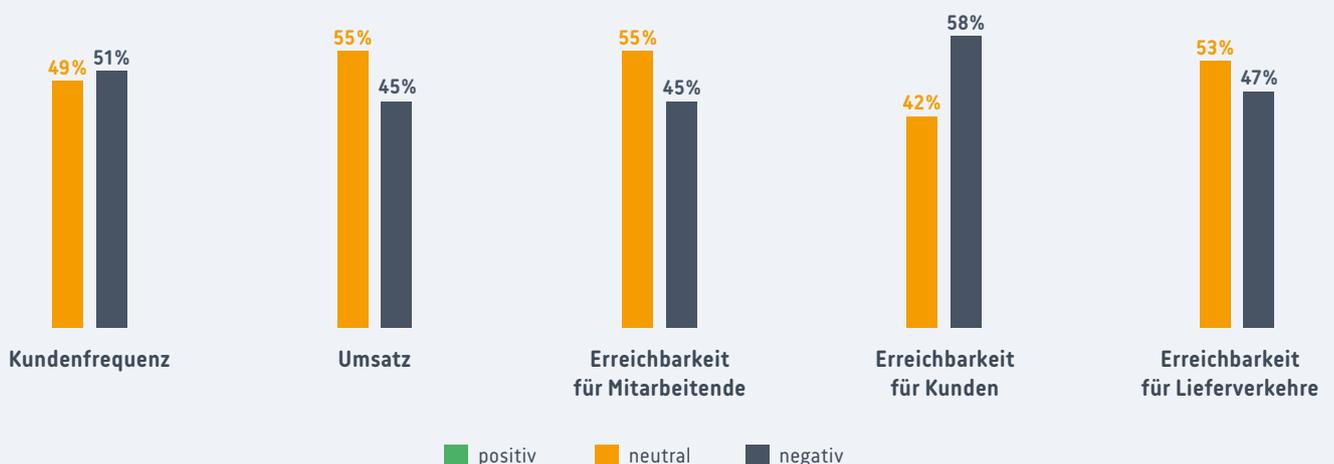


Zusammen mit der City-Gemeinschaft Gifhorn hat unsere IHKLW im Februar 2024 eine Blitzumfrage zur Erreichbarkeit der Innenstadt Gifhorn durchgeführt. Für die befragten Unternehmen ist die Erreichbarkeit der Innenstadt auch und insbesondere mit dem MIV (Motorisierter Individualverkehr) von zentraler Bedeutung, denn rund 90 % der Kunden erreichen die Innenstadt mit dem Auto. Die Sperrung der Hindenburgstraße für den MIV hat aus Sicht der Händler negative Auswirkungen auf die Erreichbarkeit der Innenstadt, insbesondere für Kunden und Besucher.

→ Welches Verkehrsmittel nutzen Ihre Kunden am häufigsten, um zu Ihnen zu gelangen?



→ Welche Auswirkungen hat die Sperrung der Hindenburgstraße auf Ihren Betrieb?





NOVELLIERTES
KLIMAGESETZ

IHKLW untermauert ihre Forderungen zur Forcierung des Netzausbaus

Es ist wie bei den guten Vorsätzen zum Jahreswechsel, mit denen viele von uns im neuen Jahr etwas im privaten Bereich verändern möchten: Ehrgeizige Ziele sind schnell formuliert. Jahreszahlen, Zieltermine und Fristen sind schnell ins Gesetz geschrieben. Sie haben jedoch einschneidende Konsequenzen und die Umsetzung ist zuweilen belastend und kann überfordern. Angesichts der im Dezember verschärften Ziele und verkürzten Umsetzungsfristen im novellierten Niedersächsischen Klimagesetz bekräftigt die IHKLW ihre Forderungen zur Modernisierung der Netze und zum Ausbau der Energieinfrastruktur. Es braucht jetzt neue Leitungen, Speicher, Trafos und zusätzliche Umspannwerke. Die investitionswilligen Unternehmen brauchen schlanke Verfahren, Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Politik und Verwaltung stehen jetzt in der Pflicht.

Die Transformation zu einer klimaneutralen und ressourcenschonenden Wirtschaft erfordert den Um- oder Neubau großer Teile der Infrastruktur und Industrie in Deutschland. Diesem Umbau stehen die in Deutschland schleppenden Genehmigungsverfahren entgegen. Sie erschweren, dass Unternehmen die Ziele im Umwelt- und Klimaschutz in kurzer Zeit erreichen können. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages könnten das jetzt ändern: Sie beraten aktuell ein Gesetz zur Beschleunigung immissionschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren. Wenn Sie hier die nach über zwei Jahren der Beratungen beschlossenen

Maßnahmen der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vom 6. November 2023 umsetzen, können Unternehmen den Neu- oder Umbau ihrer Anlagen künftig sehr viel schneller genehmigen lassen.

Bund und Länder haben am 6. November 2023 nach fast zweijähriger Diskussion zwischen Verwaltungen, Politik und Unternehmen im sogenannten Beschleunigungspakt konkrete Gesetzesänderungen im Bundesimmissionsschutz beschlossen. Dazu gehört eindeutig eine verbindliche Stichtagsregelung mit verbindlichen Fristen für Genehmigungsbehörden und ein vorzeitiger Baubeginn für Anlagenänderungen. Wenn die Transformation in allen Bereichen der Wirtschaft gelingen soll, müssen diese Beschleunigungsmaßnahmen aus Sicht der Industrie- und Handelskammern uneingeschränkt für alle genehmigungsbedürftigen Anlagen gelten. Es handelt sich zudem allein um verfahrensrechtliche Vorschriften. Umweltstandards werden damit nicht gesenkt.

Zurzeit läuft in der Region Lüneburg die Raumverträglichkeitsprüfung für die Errichtung der 380 kV-Freileitung „Ostniedersachsenleitung“, Teilabschnitt Landesgrenze SH/NI (östlich von Geesthacht) - Lüneburg - südlich Kolkhagen, einschließlich des Neubaus eines Umspannwerks im Bereich der Stadt Lüneburg/Samtgemeinde Gellersen/Samtgemeinde Ilmenau.

IHKLW im Dialog

In verschiedenen Veranstaltungs- und Dialogformaten tritt unsere IHKLW für die Interessen der regionalen Wirtschaft ein.

11. April 2024

GedankenGut – der Talk mit KI-Experte Carsten Kraus

webnetz Campus Lüneburg
18–21 Uhr
Anmeldung: www.ihklw.de

15. Mai 2024

Brennpunkt zur Europawahl 2024

Kunstsaal Lüneburg
15–17 Uhr
Anmeldung: www.ihklw.de

IHKLW-Netzwerke

Gute Netzwerke sind ein entscheidender Faktor für Ihren Erfolg! Deshalb bringen wir Unternehmen der Region zusammen. In unseren Netzwerken erwarten Sie Impulse und Wissen, Austausch auf Augenhöhe und Kontakte mit Mehrwert. Melden Sie sich [hier](#) an!

MEHR INFOS UND TERMINE UNTER
ihklw.de

Impressum | Leserservice

IHKLW-POLITIKNEWS
Der Newsletter für Politik
und Verwaltung
13. Ausgabe Frühjahr 2024

ABO BESTELLEN
ihk-lueneburg.de/abo
> IHKLW-Politiknews

HERAUSGEBER
IHK Lüneburg-Wolfsburg
Am Sande 1, 21335 Lüneburg
Telefon 04131 742-0
E-Mail politiknews@ihklw.de

VERANTWORTLICH
Inhaltlich Verantwortlicher für
redaktionelle Inhalte gemäß
§ 55 Abs. 2 RStV:
Hauptgeschäftsführer Michael Zeinert

REDAKTION
Medina Gaidus
medina.gaidus@ihklw.de
Telefon 04131 742-147
E-Mail politiknews@ihklw.de

DIE GUTE NACHRICHT

LNG-Terminal in Stade soll bis Ende März Betrieb aufnehmen

Eine zuverlässige und preisgünstige Energieversorgung ist eine zentrale Voraussetzung für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort. Als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Bundesregierung gemeinsam mit der niedersächsischen Landesregierung nach Wilhelmshaven in Stade nun das zweite LNG-Terminal auf den Weg gebracht. Ende März soll es für bis zu 50 Tanker und fünf Milliarden Kubikmeter Erdgas im Jahr den Betrieb aufnehmen und damit einen beträchtlichen Teil der Gasversorgung sichern. Zudem bereitet das LNG-Terminal den Markthochlauf von Wasserstoff vor.



Foto: © GreenOak – shutterstock.com

IHKLW
Politiknews



Besuchen Sie uns:
facebook.com/ihklw
linkedin.com/company/ihk-lueneburg

